

Kampf um die Post vor Ort

Politiker und Neualtermöher mißtrauen dem gelben Riesen

Von André Herbst

Neualtermöhe. Steht die Post-filiale am Neualtermöhe Fleetplatz vor dem Aus? Obwohl die Post dementiert, haben Bürger umgehend eine Unterschriftensammlung begonnen, um Druck zu machen. Mehrere Politiker wenden sich direkt an die Post. Andere wollen Beschlüsse herbeiführen, die den Briefmonopolisten an seinen Versorgungsauftrag erinnern.

Auch wenn eine Postsprecherin alle Nachrichten zur angeblich bevorstehenden Schließung der Postfiliale zurückweist, die Beteuerung, dazu sei noch keine Entscheidung gefallen, vermag weder in Neualtermöhe noch im Bezirk Bergerdorf zu überzeugen. „Die Pressesprecherin der Post wiegelt ab, noch sei nichts entschieden, doch sie dementiert nicht“, warnt Uwe Jensen, Initiator der Unterschriftensammlung. Nicht genug, daß die Post ihre Filialen neu strukturieren wolle, „nach unseren Informationen soll der Mietvertrag für die Filiale am Fleetplatz 2006 auslaufen.“

Die vom Post-Betriebsrat veröffentlichte Liste von sieben zur Schließung anstehenden Filialen in Hamburg basiere auf der Auswertung einer post-internen Klassifizierung, sagt Jens Harbeck. „Für die kleinen Filialen steht die Aussage, sie sollten 2006/07 geschlossen oder in Partneragenturen umgewandelt werden“, verwahrt sich der Vize-Betriebsratsvorsitzende gegen Vorwürfe, die Arbeitgebervertreter betrieben Panikmache. Einzig die Suche

nach geeigneten Agenturpartnern könne im Einzelfall für einen Aufschub sorgen.

Lars Dietrich, CDU-Bürgerschaftsabgeordneter mit Büro am Fleetplatz, fordert in einem Schreiben an die „Politikbeauftragte der Post AG“ den Monopolisten auf, die ortsnahe Versorgung von derzeit 26 000 Neualtermöhern nicht zu vernachlässigen, die Filiale weiter zu erhalten. Parteifreund Jörg Froh mahnt, auch die Bewohner des benachbarten Landge-

biets wären betroffen, sind viele doch schon länger ohne

eigene Post, müßten künftig dann noch weitere Wege zurücklegen.

„Wir werden uns dagegen wehren, daß die Unternehmenspolitik auf dem Rücken der Menschen ausgetragen wird, nur um Profit einzufahren“, sagt Angelika Kaiser, SPD-Bezirksabgeordnete aus Neualtermöhe. Die SPD fordere die Post auf, „sich an ihren öffentlichen Versorgungsauftrag zu erinnern“, sagt Fraktionschef Werner Omniczynski. „Die Post muß ihre Wunschkrolle als Global Player mit der des öffentlichen Dienstleisters in Deutschland übereinbringen.“

Das verlangt auch GAL-Fraktionschefin Liesing Lühr, angesichts der Jubelchöre, „daß die Post sich binnen zehn Jahren von einer defizitären Behörde zum hochprofitablen Global Player gewandelt hat“. Dennoch müsse Platz für gesellschaftliche und soziale Verantwortung bleiben: „Wir werden alle Möglichkeiten ausschöpfen, öffentlichen Druck auszuüben.“